



FDP

**MIT VERNUNFT
UND ZUVERSICHT
-
UNSER
ZUKUNFTS-
PROGRAMM FÜR
DEN KREIS
OFFENBACH**



Inhaltsverzeichnis

Unsere liberalen Themen für den Kreis Offenbach

Inhaltsverzeichnis – unsere Themen für den Kreis Offenbach.....	2
Präambel	3
1. Bildung: Kita und Schule – Zukunft vor Vergangenheit.....	3
2. Wirtschaft und Finanzen.....	5
3. Mobilität und Verkehr – Moderne Konzepte und Innovationen.....	6
4. Digitalisierung, E-Government und „Start-up“-Kultur	8
5. Migration, Einwanderung und Integration.....	9
6. Sozialpolitik – Gemeinsam für die Menschen vor Ort.....	10
7. Gesundheit.....	11
8. Kultur und Ehrenamt	11
9. Umwelt- und Klimaschutz: Vernunft statt Symbolpolitik	12

Unsere Antragsbilanz in der Wahlperiode 2021 bis 2026

Politik, die liefert: engagiert in der Sache, liberal im Kompass und in allen Themenfeldern aktiv

Themenmonitor - Wahlperiode 2021 - 2026 -> FDP Fraktion im Kreistag Offenbach (Stand 31. Dezember 2025)				
Themenbereich	Anfragen	Anträge	Änderungsanträge	Insgesamt
KiTa, Schule und Bildung	20	24	-	44
Finanzen und (Kreis-)Verwaltung	16	24	1	41
Infrastruktur, Verkehr und Mobilität	9	5	-	14
Digitalisierung und Technologie	7	7	1	15
Soziales, Kultur und Integration	7	8	1	16
Gesundheit und Arbeit	7	2	1	10
Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit	4	5	3	12
Insgesamt	70	75	7	152

Unsere Bilanz ist klar: Wir liefern. In der zurückliegenden Wahlperiode 2021-2026 hat die FDP-Fraktion im Kreistag Offenbach insgesamt 152 Initiativen (Anfragen und Anträge) in den Kreistag eingebracht. Ob Bildung, Betreuung, Finanzen, Mobilität, Digitalisierung, Soziales, Gesundheit oder Nachhaltigkeit: Wir waren in allen zentralen Themenfeldern aktiv. So sieht liberale Politik in der Praxis aus: engagiert, lösungsorientiert und mit klarem Fokus auf Chancen, Effizienz und Fortschritt. Wer im Kreis Offenbach Fortschritt statt Stillstand, Chancen statt Bürokratie und Verantwortung statt Ideologie will, setzt auf die FDP und ihren klaren Kurs: solide Finanzen, verlässliche Entscheidungen und ein Kreis, der einfach funktioniert – statt immer neuer Steuerlasten für Kommunen und Bürgerinnen und Bürger.

Präambel

Am **15. März 2026** entscheiden die Menschen im Kreis Offenbach, wie der Kreistag in den nächsten fünf Jahren zusammengesetzt ist. Ein echter Aufbruch oder noch weitere Jahre der völlig unambitionierten Verwaltung des Stillstandes durch Schwarz-Rot.

Der Kreis ist mehr als eine Behörde: Er ist unser gemeinsamer Rahmen – für Schulen, Mobilität, Gesundheit und eine Verwaltung, die funktioniert. Der Kreis wächst stark und fühlt sich für viele schon wie eine „Großstadt im Grünen“ an. Das ist Chance und Auftrag zugleich. Wir Liberale wollen, dass der Kreis und seine Verwaltung besser wird – nicht größer: schlank organisiert, effizient im Ablauf und als Dienstleister für Bürgerinnen und Bürger sowie für Städte und Gemeinden. Wir wollen einen Kreis, der Rückenwind gibt, statt bremst und der digital vereinfacht, statt neue Hürden aufzubauen: mehr Service, weniger Papier, weniger Umwege.

Für uns Freie Demokraten gilt: Freiheit braucht einen Staat, der einfach funktioniert und seine Aufgaben gut erledigt – und Kommunen, die selbst entscheiden können. Ständig steigende Kreisumlagen nehmen unseren Kommunen die Luft zum Atmen und belasten am Ende des Tages über die kommunale Grundsteuer alle Bürgerinnen und Bürger. Darum setzen wir auf starke Städte und Gemeinden, solide Finanzen und Lösungen, die im Alltag spürbar sind: bessere Bildung, bessere Verbindungen, weniger Bürokratie. Wir reagieren nicht nur – wir planen voraus. Damit der Kreis Offenbach ein Ort bleibt, in dem man gerne lebt, arbeitet und Zukunft gestaltet.

1. Bildung: Kita und Schule – Zukunft vor Vergangenheit

Bildung startet in den ersten Lebensjahren – und sie entscheidet über echte Chancen. Deshalb denken wir Bildung aus einem Guss: von der U3-Betreuung über die Schule bis zur Ausbildung. Kinder, Jugendliche und Familien sind unterschiedlich. Das ist normal – und genau darauf müssen Kitas, Schulen und der Kreis flexibel reagieren: mit verlässlicher Betreuung, guten Übergängen **und** Unterstützung dort, wo sie wirklich gebraucht wird. Unser Anspruch: verlässliche Kitas, starke Schulen und moderne Lernorte – also nicht nur neue Geräte, sondern auch zeitgemäße Lehr- und Lernkonzepte: mehr Förderung, mehr Praxis, mehr selbstorganisiertes Lernen und weniger klassischen Frontalunterricht. Schulen brauchen dafür Räume, Ausstattung und Freiraum, um gute Ideen vor Ort umzusetzen. Für uns Freie Demokraten ist Bildung die wichtigste Investition: Sie stärkt Selbstvertrauen, Leistung und Eigenverantwortung. Darum gilt: Priorität für Bildung – und das Geld muss tatsächlich wirken können, statt in immer neuen Formularen, Zuständigkeiten und Vorschriften hängen zu bleiben. Wir wollen Qualität messen statt verwalten: klare Ziele, transparente Ergebnisse und konsequente Unterstützung, wenn es hakt. Und: Die Kommunen dürfen bei der Betreuung nicht allein gelassen werden.

1.1 Frühkindliche Bildung – U3-Betreuung und Kita

Kein Kind soll wegen seiner Herkunft oder sozialen Bedingungen abgehängt werden. Für uns ist die Kita deshalb mehr als Betreuung: Sie ist der erste Bildungsort – früh, spielerisch und am Kind orientiert. Nicht als „kleine Schule“, sondern mit Neugier, Bewegung, Sprache, sozialem Lernen und gezielter Förderung der individuellen Stärken.

Zuständigkeiten sind im Bildungsbereich verteilt: Für die Kitas liegt sie bei den Kommunen, für Schulgebäude beim Kreis, für die Lehrinhalte und das Personal beim Land – und der Kreis hat bei den Kitas vor allem die Fachaufsicht. Für Eltern und Schüler ist das aber zweitrangig. Entscheidend ist, dass es funktioniert. Darum setzen wir auf intensive, unbürokratische Zusammenarbeit aller Beteiligten, Denken in Verantwortlichkeiten über Zuständigkeitsgrenzen hinweg und ausdrücklich auch mit den Eltern.

Ein Schwerpunkt muss der Erwerb der deutschen Sprache sein. Wer beim Start in die Schule die Sprache sicher beherrscht, hat deutlich bessere Chancen – fachlich und sozial. Deshalb wollen wir frühe, alltagstaugliche Sprachförderung in den Kitas: mit wirksamen Programmen, gut qualifizierten Teams und Unterstützung dort, wo sie gebraucht wird. Dazu gehört auch: Kitas müssen gut ausgestattet sein – räumlich und pädagogisch – und Inklusion muss gelingen, ohne Teams zu überfordern. Außerdem wollen wir, dass der Übergang von der Kita in die Grundschule gut begleitet wird: mit abgestimmten Angeboten, klaren Ansprechpartnern und wenig Papierkram, damit Kinder und Familien sicher ankommen.

1.2 Betreuung neu ordnen: klare Zuständigkeiten, weniger Bürokratie

Wir wollen die Betreuungsstruktur im Kreis Offenbach einfacher und effizienter machen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Tagespflege (Tagesmütter/-väter) wieder stärker in die Verantwortung der Städte und Gemeinden zu geben. Dort liegt ohnehin schon die Kinderbetreuung bis zum Schuleintritt – das passt zusammen und vermeidet Doppelstrukturen. Im Gegenzug sollte der Kreis die Verantwortung für die Betreuung an den Grundschulen übernehmen, weil er als Schulträger hier ohnehin nah dran ist. So entstehen klare Zuständigkeiten aus einer Hand, kürzere Wege und weniger Papierkram. Unser liberaler Maßstab ist dabei ganz praktisch: Service für Familien statt Zuständigkeits-Wirrwarr – damit Betreuung verlässlich organisiert ist und Eltern im Alltag entlastet werden. Speziell bei der Qualifizierung und Fortbildung von Tagesmüttern und -vätern sehen wir großes Potential für Onlinekurse.

1.3 Schulbau und Schulentwicklung: planen statt improvisieren – raus aus den Containern

Schulen wachsen nicht über Nacht – und trotzdem wird bei uns zu oft improvisiert. Wir wollen eine vorausschauende Schulentwicklungsplanung, die Schülerzahlen, Raum- und Flächenbedarf laufend überprüft und rechtzeitig handelt. Hauruckaktionen dürfen nicht zum Normalzustand werden. Unser Ziel sind angenehme, moderne Lernumgebungen – nicht Unterricht auf Dauer in Containern. Container sind pädagogisch schlecht, teuer und meist nur ein Symptom dafür, dass zu spät geplant wurde. Darum fordern wir eine klare, fortgeschriebene Prioritätenliste für Sanierungen und Erweiterungen, die

konsequent abgearbeitet wird – inklusive ausreichender Flächen für Sport und Bewegung sowie für den Ausbau echter Ganztagsangebote. Bei Neubauten setzen wir – wo möglich und sinnvoll – auf Holz-Modulbauweise: schneller, flexibel erweiterbar, wiederverwendbar und insgesamt deutlich nachhaltiger als klassischer Schulbau.

1.4 Digitalisierung und Smart School: Technik und Medienkompetenz

Digitale Bildung ist längst Alltag – und sie muss in der Schule genauso zuverlässig funktionieren wie zu Hause. Modellschulen für digitalen Unterricht bieten eine große Chance. Unser grundsätzlicher Anspruch: gute digitale Ausstattung, die den Unterricht wirklich besser macht – statt teurer Technik, die im Zweifel ausfällt. Jedes Kind muss Zugang zu einem digitalen Endgerät haben – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Aber: Ein Gerät allein ist noch keine Digitalisierung. Entscheidend sind gute Konzepte, passende Lernmittel und Lehrkräfte, die digitale Werkzeuge sinnvoll einsetzen können. Darum gehört für uns auch Medienkompetenz fest in den Schulalltag: Kinder und Jugendliche müssen lernen, Informationen einzuordnen, Quellen zu prüfen, Datenschutz zu verstehen und sich sicher in Social-Media zu bewegen. Das schützt vor Manipulation und Risiken im Netz – und eröffnet echte digitale Chancen. Und ganz praktisch gilt: Technik muss im Schulalltag einfach laufen. Der Kreis soll das IT-Management weiter professionalisieren: mit klaren Zuständigkeiten, regelmäßiger Wartung, schnellen Reparaturen, Ansprechpartnern an der Schule und Schulungen, damit Probleme nicht Wochen dauern, sondern im Unterricht gelöst werden – schnell, unkompliziert und verlässlich.

1.5 Bildungsstandort Kreis Offenbach - Zukunft aktiv und vorausschauend gestalten

Wir wollen, dass Bildung im Kreis Offenbach im Alltag funktioniert – für Kinder, Eltern und Lehrkräfte. Dazu gehört zuerst die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Ganztagsangebote und Ganztagschulen sollen dort, wo Schulen es wollen und Familien es brauchen, bedarfsgerecht ausgebaut werden. Als Schulträger muss der Kreis dafür die passenden Räume rechtzeitig schaffen.

Inklusion ist für uns keine Ideologie, sondern eine Frage der besten Lösung für jedes einzelne Kind. Maßstab hierbei sind der Wunsch der Eltern und die individuellen Bedürfnisse des Kindes – nicht starre Quoten oder politische Mode. Alle Hilfen sollen standardmäßig auf ihre Wirkung, ihren Nutzen und ihre Effizienz überprüft werden. So können Verbesserungsmöglichkeiten erkannt und ihre schnellstmögliche Umsetzung angestoßen werden.

Weil gute Bildung und Betreuung nur mit guten Fachkräften gelingen kann, hat die FDP in der vergangenen Wahlperiode aktiv für eine Fachschule für Erzieher/-innen im Kreis Offenbach gekämpft. Hintergrund ist der spürbare Fachkräftemangel in vielen Kommunen. Als großer Flächenkreis ohne eigene Ausbildungsstätte vor Ort verschenken wir Potenzial: Wo Menschen ausgebildet werden, dort arbeiten sie oft später auch. Eine gut erreichbare Ausbildung im Kreis ist deshalb ein echter Standortvorteil – und eine praktische, schnelle Maßnahme gegen den Mangel. Die FDP wird sich auch weiter für eine Erzieherausbildung vor Ort, optimalerweise auch als (begleitendes) BA-Studium, einsetzen.

Schule ist mehr als Unterricht: Wir wollen starke Kooperationen vor Ort – mit Vereinen, Musikschule, Feuerwehr, Bibliotheken, Museen, Naturschutz- und Sozialverbänden, Unternehmen und auch kirchlichen Trägern. Der Kreis soll hier unbürokratisch vernetzen und vermitteln, damit aus Angeboten echte Chancen werden. Wo es passt, können Schulen sich zu offenen Bildungsorten entwickeln – auch für Kultur, Begegnung und Lernen über Generationen hinweg. Und Vernetzung endet nicht mit der 10. Klasse: Berufliche Bildung und lebenslanges Lernen müssen genauso mitgedacht werden. Berufsschulen brauchen dafür zeitgemäße Räume und Ausstattung.

Damit Schulen planen können, braucht es einen Schulentwicklungsplan, der seinen Namen verdient: regelmäßig, transparent und vorausschauend. Wir fordern eine Überarbeitung mindestens alle drei Jahre, mit einem offenen Dialog mit Schulleitungen, Kollegien, der Schülerversammlung und den Eltern – und einer öffentlichen Anhörung, damit Entscheidungen nachvollziehbar sind. Dafür muss der Schulträger handlungsfähig sein: klare Zuständigkeiten, genug Kapazität im Schulservice, schnelle Umsetzung – nicht mehr Verwaltungsschichten.

Wir stehen für die Vielfalt der Schulformen und freie Schulwahl. Dazu gehören auch Förder- und Berufsschulen. Unterstützend wollen wir Schulsozialarbeit an allen Schulen flächendeckend weiterentwickeln – gemeinsam mit den Städten und Gemeinden. Und natürlich auch ganz pragmatisch: Die Schulbewirtschaftung (Reinigung, Hausmeisterdienste, Betrieb) muss zuverlässig bleiben – im Sinne der gesamten Schulgemeinden, jeden Tag.

2. Wirtschaft und Finanzen

Der Kreis Offenbach liegt mitten in einer der stärksten Regionen Deutschlands. Damit das so bleibt, braucht es keine Sonntagsreden, sondern gute Rahmenbedingungen: schnelle Genehmigungen, verlässliche Infrastruktur, Fachkräfte – und eine Verwaltung, die sich als Dienstleister versteht.

Wirtschaftsförderung heißt für uns: Kümern statt verwalten. Der Kreis soll gemeinsam mit IHK und Handwerkskammer Unternehmen beraten, Hürden abbauen und die Wirtschaftsförderung der Städte und Gemeinden sinnvoll koordinieren und unterstützen. Die regionale Vermarktung und Ansiedlungsarbeit – etwa über die Frankfurt Rhein-Main GmbH – wollen wir als Teil einer starken Rhein-Main-Strategie fortführen und stärken.

Genauso wichtig ist solides Haushalten. Denn die Kreisfinanzen sind nicht losgelöst von den Kommunen: Der Kreis finanziert sich zu einem großen Teil über die Kreisumlage – bezahlt von unseren Städten und Gemeinden. Steigt die Umlage des Kreises, geraten automatisch die kommunalen Haushalte unter Druck. Und wenn Kommunen dann die Grundsteuer erhöhen müssen, zahlen am Ende alle Bürgerinnen und Bürger. Darum ist für uns klar: Der Kreis muss priorisieren, effizienter werden und Ausgaben kritisch prüfen, statt immer neue Standards, Stellen und Vorschriften aufzubauen. Für die FDP ist selbstverständlich, dass der Kreis wieder in die Lage versetzt werden muss, Zinsen und Tilgung

seiner Schulden aus eigener Kraft leisten zu können.

Unser Anspruch: Wachstum ermöglichen – Kommunen entlasten – Bürger nicht weiter belasten. Dazu gehören auch schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren: digital, transparent, mit klaren Zuständigkeiten und kurzen Wegen.

Finanzielle Spielräume zurückgewinnen – damit der Kreis wieder gestalten kann

Der Kreis Offenbach muss finanziell wieder auf eigenen Beinen stehen. Denn jeder Euro, den der Kreis dauerhaft zu viel ausgibt, landet über die Kreisumlage bei Städten und Gemeinden – und am Ende zumeist über höhere Grundsteuern und Gebühren sowie Sparmaßnahmen bei den Bürgerinnen und Bürgern. So kann und darf es nicht weitergehen.

Unser Kurs ist klar: Prioritäten setzen, Ausgaben kritisch prüfen, Schulden begrenzen. Kredite sind kein „kostenloses Geld“ und auch kein „Sondervermögen“ – sie bedeuten jahrzehntelange Rückzahlungen und nehmen Spielraum für wichtige Aufgaben. Darum wollen wir den Haushalt Schritt für Schritt stabilisieren: weniger strukturelles Defizit, weniger neue Schulden und endlich wieder Rücklagen, damit der Kreis auch in Krisen handlungsfähig bleibt.

Dazu gehört eine schlanke und effiziente Verwaltung. Wir wollen Standards und Abläufe konsequent auf den Prüfstand stellen: Was muss der Kreis wirklich tun – und was kann einfacher, schneller oder gemeinsam gelöst werden? Können bestimmte Aufgaben eventuell kostengünstiger extern erbracht werden? Digitalisierung soll dabei nicht „nice to have“ sein, sondern helfen, Bürokratie abzubauen und dauerhaft Kosten zu senken. Signifikante Einsparungen bei den Personalkosten sind wichtig – wo Stellen frei werden, braucht es eine ehrliche Prüfung: Muss diese Stelle wirklich nachbesetzt werden? Unser Ziel ist, den Personalaufwuchs zu stoppen, Führungsstrukturen zu verschlanken und Aufgaben effizient zu organisieren – auch indem wir bewährte Lösungen anderer Kreise übernehmen, statt diese jedes Mal neu zu erfinden.

Solide Finanzen sind für uns kein Selbstzweck. Sie sind die Voraussetzung, damit der Kreis seine Kernaufgaben zuverlässig erfüllen kann – ohne ständig die Kommunen weiter zu belasten. Gerade bei Bildung, Mobilität/ÖPNV und sozialer Sicherung braucht es Verlässlichkeit statt immer neuer Umlage-Erhöhlungen. Und: Der beste Haushalt ist einer, der Wachstum möglich macht. Deshalb gehört zur liberalen Finanzpolitik auch eine starke Wirtschaft: Der Kreis soll als Dienstleister gemeinsam mit Kommunen, IHK und Handwerk dafür sorgen, dass Unternehmen hier investieren, Arbeitsplätze entstehen und Entscheidungen schneller fallen – damit Einnahmen stabil bleiben, ohne die Menschen immer weiter zu belasten.

Für uns Freie Demokraten ist klar: Der Kreis braucht solide Finanzpolitik und endlich eine echte Konsolidierung – mit Prioritäten, einem kritischen Aufgaben-Check und einer schlanken, effizienten Verwaltung. Jeder Euro, den der Kreis unnötig ausgibt, landet am Ende über die Umlage bei den Kommunen – und damit bei den Bürgerinnen und Bürgern.

3. Mobilität und Verkehr – Moderne Konzepte und Innovationen statt ideologischer Verbotskultur

Mobilität ist Freiheit – im Alltag, im Beruf und in der Freizeit. Sie darf nicht zum Luxus werden. Darum setzen wir als FDP auf ein gleichberechtigtes Miteinander statt auf politisch-ideologisches Gegeneinander: Auto, Bus und Bahn, Fahrrad, Fußverkehr – alles hat seinen Platz. Wir machen keine Politik nach dem Motto „gut“ oder „böse“, sondern entscheiden sachlich: Was hilft vor Ort wirklich? Was macht Wege sicherer, schneller und verlässlicher? Wir wollen, dass Verkehrspolitik nicht spaltet, sondern Lösungen bringt – gemeinsam mit den Menschen, die unterwegs sind: Pendlerinnen und Pendler, Familien, Betriebe, Radfahrer, Autofahrer, Senioren, Schüler. Entscheidungen müssen auf Augenhöhe fallen – ohne ideologische Scheuklappen und ohne ein Verkehrsmittel gegen das andere auszuspielen.

Gleichzeitig ist klar: Im Rhein-Main-Gebiet wurde zu lange zu wenig in Infrastruktur investiert. Planungen gibt es genug – jetzt braucht es Umsetzung. Dafür müssen Planungs- und Genehmigungsverfahren schneller und schlanker werden, Zuständigkeiten klarer, und die Behörden müssen dafür gut aufgestellt sein. Und weil Fläche begrenzt ist, brauchen wir intelligente Steuerung: moderne Verkehrstechnik, digitale Lösungen und dort, wo es sinnvoll ist, auch neue Konzepte für zusätzliche Verkehrswege.

3.1 Öffentlicher Personen-Nahverkehr (ÖPNV) – „On-Demand-Shuttle“ Hopper und Kreisverkehrs-gesellschaft

ÖPNV: verlässlich, vernetzt – und bezahlbar – Der Kreis Offenbach liegt mitten in einer dicht besiedelten Region. Individuelle Mobilität ausschließlich mit dem Auto zu organisieren, funktioniert hier zumeist weder für Pendlerinnen und Pendler noch für viele Familien im Alltag. Darum soll der ÖPNV für alle das Rückgrat sein – gut vernetzt mit Park+Ride und Bike+Ride und so attraktiv, dass er wirklich genutzt wird. Das geht aber nur mit einer Finanzierung, die dauerhaft tragbar ist: mehr Wirkung pro Euro, statt immer neue Kostenwellen.

Hopper: gute Idee – aber neu aufstellen, schlanker und bezahlbar machen

Mit dem kvgOF Hopper gibt es ein On-Demand-Angebot, das den ÖPNV ergänzt: Es fährt ohne festen Fahrplan und ohne feste Route, wird per App oder telefonisch gebucht und bringt Fahrgäste innerhalb der Bedienggebiete zum Ziel. Der Hopper ist in den 13 Städten und Gemeinden des Kreises als Angebot verfügbar. Die Grundidee kann sinnvoll sein – gerade als Lückenfüller und Zubringer. In der jetzigen Umsetzung ist das System aber mit einem Steuerzuschussbedarf von etwa 11 Euro pro Fahrt und Person aus unserer Sicht aber definitiv zu teuer. Wir möchten daher, dass sich der Hopper auf seine ursprüngliche Aufgabe der Klein- und Feinerschließung fokussiert und die Buchungssapp auch für private Taxianbieter geöffnet wird. Eine grundsätzliche Neuaufstellung ist daher nötig: weniger „Wünsch dir was“, mehr klarer ÖPNV-Nutzen. Also: ausreichend, vorausschauend, nutzerorientiert, attraktiv – aber eben kostengünstig und effizient.

Große Potentiale dabei sehen wir im autonomen Fahren und unterstützen dessen Einführung daher ausdrücklich.

Klarer Finanzrahmen für die Kreisverkehrsgesellschaft (kvgOF) – demokratisch kontrolliert

Die kvgOF organisiert den ÖPNV für den Kreis Offenbach. Genau deshalb muss sie innerhalb eines verbindlichen Budgets arbeiten, das der Kreistag als öffentliches Gremium festlegt. Wir fordern: Der Verlustausgleich an die kvgOF durch den Kreis soll transparent gedeckelt werden. Die kvgOF muss zukünftig ihren Wirtschaftsplan verbindlich am jeweils vorherigen Budgetbeschluss des Kreistags ausrichten und nicht umgekehrt. So entstehen klare Verantwortung, echte Steuerung und Haushaltsdisziplin. Und wichtig – ganz einfach erklärt: Den Verlustausgleich zahlt der Kreis 1:1 aus seinem Haushalt. Der Kreis finanziert sich wiederum wesentlich über die Kreisumlage, die die Städte und Gemeinden zahlen. Und weil viele Kommunen selbst finanziell extrem unter Druck stehen, landet dieser Druck am Ende oft bei den Bürgerinnen und Bürgern – etwa über eine höhere Grundsteuer. Das heißt: Defizite im ÖPNV zahlen am Ende die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – zeitversetzt und über mehrere Stationen. Genau deshalb brauchen wir beim ÖPNV klare Grenzen, Prioritäten und einen sauberen Kosten-Nutzen-Blick.

Kosten-Nutzen zählt: messen, vergleichen, verbessern

Für uns als FDP gilt: Nicht die teuerste Maßnahme ist automatisch die beste, sondern die, die nachweislich wirkt. Darum wollen wir beim ÖPNV ein konsequentes und für Bürger transparentes Monitoring/Controlling: Wie hoch sind Kosten je Angebot? Wie viele Fahrgäste nutzen es? Welche Maßnahmen entlasten die Straßen und verringern Parkdruck? Welche Angebote werden gut genutzt – welche nicht? Was wirkt, wird ausgebaut. Was nicht wirkt, wird geändert, verschlankt oder beendet. So bleibt der ÖPNV leistungsfähig – ohne zum Dauer-Kostentreiber für Kreis und Kommunen (und damit am Ende für die Bürgerinnen und Bürger) zu werden.

3.2 Straßenverkehr - erhalten, verbessern, entlasten

Der individuelle Verkehr mit dem Auto wird auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen – unabhängig von der Antriebstechnologie. Wir verteufeln den Pkw nicht. Wer im Kreis Offenbach pendelt – etwa Richtung Frankfurt, Darmstadt oder an den Flughafen –, wer im Schichtdienst arbeitet oder Angehörige versorgt, ist oftmals auf das Auto angewiesen. Darum setzen wir auf ein Miteinander der Verkehrsmittel statt auf politisch-ideologische Grabenkämpfe. Unser Maßstab dabei ist pragmatisch: Mobilität muss funktionieren – sicher, bezahlbar und alltagstauglich. Dazu gehört eine komfortable Infrastruktur für alle Verkehrsteilnehmer. Straßen müssen in Schuss sein. Der Erhalt des Netzes hat Vorrang – Sanierung vor Verfall. Wer Infrastruktur verkommen lässt, zahlt am Ende doppelt: mit höheren Kosten, mehr Staus und mehr Ärger. Zur Entlastung von Ortskernen und Wohngebieten wollen wir geplante Umgehungsstraßen endlich umsetzen – damit Durchgangsverkehr nicht durch Wohnstraßen rollt. Außerdem unterstützen wir den achtspurigen Ausbau der A3 zwischen Hanau und dem Flughafen Frankfurt – verbunden mit wirksamem Lärmschutz nicht nur für Gravenbruch, sondern auch für Heusenstamm und Obertshausen. Dass die B486 zwischen der A5 und Langen nach so vielen Jahren der Umsetzungsbekundung immer noch nur zwei- statt vierspurig ist, ist nicht tolerabel. Die FDP fordert die hessische Landesregierung auf, hier endlich in die Umsetzung zu kommen.

Weniger Stau heißt auch: weniger Ausweichverkehr auf Kreisquerverbindungen und durch die Innenstädte. Wer den Umstieg auf Bus und Bahn will, muss ihn einfach machen: Wir brauchen attraktive, sichere Park-&-Ride-Plätze in ausreichender Zahl – mit guter Anbindung, klarer Beschilderung und ohne unnötige Hürden. Umsteigen funktioniert nur mit komfortabler Infrastruktur. Und wir wollen den Verkehr smarter steuern: digitale Verkehrssteuerung, optimierte Ampelschaltungen und wo möglich Kreisverkehre statt Dauer-Rot. Das macht den Verkehr flüssiger, spart Zeit, reduziert Lärm und Emissionen – und bringt am Ende genau das, worauf es ankommt: mehr Freiheit im Alltag durch bessere Erreichbarkeit.

3.3 Radverkehr - sicher, alltagstauglich, gut vernetzt

Radfahren ist für viele Wege im Kreis Offenbach eine echte Alternative – ob mit dem Fahrrad, Lastenrad, Pedelec, E-Bike oder E-Scooter. Damit mehr Menschen gerne aufs Rad umsteigen, braucht es aber ein Radnetz, das sicher, bequem und schnell ist. Für uns Liberale heißt Förderung des Radverkehrs: bessere Infrastruktur statt Belehrungen. Und: Radverkehr ist wichtig – aber nicht das einzige Verkehrsmittel der Zukunft. Wir wollen Lösungen, die zu den Menschen passen, nicht ein „entweder/oder“. Darum setzen wir auf die beschleunigte Umsetzung des Mobilitätskonzepts inklusive Lückenschlüssen im kreisweiten und überörtlichen Radwegenetz. Überregionale Verbindungen sollen alltagstauglich geführt werden – idealerweise parallel zu Straßen oder auf neuen, komfortablen Trassen. Waldwege mit grobem Schotter und ungeschützte Querungen von Landstraßen dürfen nicht der Standard sein. Damit Radfahren im Alltag wirklich funktioniert, gehören außerdem moderne, wettergeschützte Abstellanlagen dazu – an Bahnhöfen, Haltepunkten, Schulen und zentralen Orten. Wo es sinnvoll ist, unterstützen wir auch abschließbare Fahrradboxen zur Miete. Und wir wollen mehr „smarte“ Sicherheit: digitale Lösungen wie radfahrerfreundliche, sichere Ampelschaltung können Wege flüssiger machen und Unfälle vermeiden.

3.4 Flughafen Frankfurt - Wirtschaftskraft sichern, Lärm wirksam senken

Der Frankfurter Flughafen ist ein zentraler Motor für die Rhein-Main-Region – für Arbeitsplätze, Unternehmen und Wohlstand. Als Freie Demokraten stehen wir klar und unmissverständlich zum Flughafen. Gleichzeitig gilt: Viele Menschen im Kreis Offenbach tragen eine hohe Lärmlast. Deshalb braucht es einen fairen Ausgleich – mit Maßnahmen, die wirklich entlasten. Für uns heißt das: Lärm reduzieren statt nur verlagern. Flugrouten mit neuen Namen einfach umherzuschieben, hilft oft nur kurzfristig und trifft dann andere Betroffene. Wir wollen stattdessen moderne Lösungen fördern – zum Beispiel den Einsatz geräuschärmerer Flugzeuge, etwa über Anreize bei Start- und Landegebühen. Eine rote Linie bleibt das Nachtflugverbot von 23:00 bis 05:00 Uhr. Nachtruhe ist Gesundheitsschutz – und muss verlässlich bleiben. Genauso wichtig ist die Frage: Wie kommen Beschäftigte, Reisende und Unternehmen gut zum Flughafen? Wir setzen auf eine bessere Erschließung: konsequenter Anschluss an Nah- und Fernbahn, sinnvolle Verknüpfungen im ÖPNV und ein Radwegenetz auf „pendelfähigem“ Niveau, damit echte Alternativen zum Auto entstehen. Und: Maßnahmen zum aktiven Schallschutz dürfen nicht über Köpfe hinweg entschieden werden. Wir fordern eine frühzeitige, echte Beteiligung

der betroffenen Städte, Gemeinden und Anwohner – transparent, nachvollziehbar und mit dem Ziel spürbarer Entlastung.

3.5 Regionale Schieneninfrastruktur gezielt ausbauen

Der Kreis Offenbach darf bei der Schieneninfrastruktur nicht am Rand stehen, denn eine leistungsfähige Anbindung endet nicht an Kreis- oder Stadtgrenzen. Die FDP setzt sich deshalb dafür ein, fachlich vorbereitete und wirtschaftlich sinnvolle Schienenprojekte im Kreis Offenbach aktiv voranzubringen. Dazu gehört insbesondere die perspektivische Verlängerung der S-Bahn-Linie S2 über Dietzenbach hinaus in Richtung Rödermark und Dieburg sowie die Prüfung weiterführender regionaler Anbindungen. Grundlage müssen abgeschlossene Vorstudien, ein positives Nutzen-Kosten-Verhältnis und eine transparente Planung sein. Der Kreis Offenbach soll seine Rolle aktiver wahrnehmen, den gezielten Austausch mit RMV, dem Land Hessen und der Deutschen Bahn AG suchen und die betroffenen Kommunen frühzeitig einbinden. Ziel ist ein verlässlicher, leistungsfähiger Schienenverkehr, der den Kreis Offenbach als Wohn- und Wirtschaftsstandort stärkt.

4. Digitalisierung, eGovernment und Gründergeist: digital, einfach, nutzerfreundlich

Digitalisierung ist für uns kein Trend, sondern ein ganz wesentlicher Standortfaktor – und ganz praktisch: Sie spart Zeit, Nerven und Geld. Damit das funktioniert, braucht es zuerst die Basis: leistungsfähige Netze. Schnelles Internet und ein gutes Mobilfunknetz gehören heute zur Grundversorgung. Wir wollen, dass der Kreis gemeinsam mit Städten und Gemeinden den Ausbau weiter vorantreibt, wo es sinnvoll ist. Das Ziel muss ein flächendeckender Lückenschluss im Kreis Offenbach in Bezug auf Glasfaserausbau und 5G-Mobilfunkstandard sein.

Verwaltung als Dienstleister – digital zuerst, ohne Papierkram

Unser Leitbild ist eine Verwaltung, die hilft statt hinhält. Anträge und Genehmigungen sollen einfach, transparent und schnell funktionieren – am besten digital von zu Hause aus, rund um die Uhr. Dafür braucht es einheitliche Lösungen statt Insellösungen und mehr Zusammenarbeit im IT-Bereich über Kreis und Kommunen hinweg. Wir wollen ein echtes digitales Bürgerbüro: Leistungen wie Kfz-Zulassung, Termine, Bescheinigungen oder Anträge sollen in einem durchgängigen Prozess möglich sein – verständlich, mit klaren Rückmeldungen („Wo steht mein Antrag?“) und ohne Formular-Marathon. Das entlastet Bürgerinnen und Bürger – und genauso die Beschäftigten in der Verwaltung.

KI sinnvoll einsetzen: schneller werden, Qualität sichern

Neu ist: Digitalisierung heißt heute auch Künstliche Intelligenz (KI). Richtig eingesetzt kann KI die Verwaltung spürbar verbessern – nicht als Ersatz für Menschen, sondern als Werkzeug. Wir wollen KI dort nutzen, wo sie konkret hilft: beim Sortieren und Vorprüfen von Vorgängen, beim Entlasten von Routinearbeit, bei besseren Auskünften (z. B. über digitale Assistenten) und bei smarten Workflows, damit Fälle schneller bearbeitet werden. Gerade im Alltag kann KI außerdem bei Sprachdienstleistungen helfen: für kurze, unkomplizierte Gespräche und „kleine Dinge“ – etwa beim

Ausfüllen einfacher Formulare, bei Rückfragen am Schalter oder bei Terminabsprachen. So können einfache Übersetzungen schneller gelingen, ohne dass für jede Kleinigkeit sofort ein Dolmetscher organisiert werden muss. Für komplexe oder rechtlich relevante Gespräche bleibt natürlich professionelle Sprachmittlung wichtig. Gleichzeitig gilt: Datenschutz, Nachvollziehbarkeit und menschliche Verantwortung müssen immer gewährleistet sein. Die KI darf kein „Black Box“-Entscheider sein – am Ende bleibt die Verantwortung bei der Verwaltung.

Gründen erleichtern: Start-ups sollen machen können

Der Kreis Offenbach hat enormes Potenzial für Innovation. Wir wollen ein Gründerzentrum beziehungsweise eine starke Gründer-Infrastruktur im Kreis – in Abstimmung mit den Kommunen an einem passenden Standort. Entscheidend ist nicht nur Fläche, sondern echte Unterstützung: feste Ansprechpartner, schnelle Wege, Hilfe bei Genehmigungen und weniger Bürokratie, damit Gründerinnen und Gründer sich auf ihr Unternehmen konzentrieren können. Dazu passt auch: Open Data, wo es rechtlich möglich ist. Wenn öffentliche Daten nutzbar gemacht werden, können daraus neue Anwendungen und Wertschöpfungsketten entstehen. Digitale Weiterbildungsangebote – auch zu KI – sollten gezielt genutzt und ausgebaut werden, damit Fachkräfte und Gründer hier die passenden Skills bekommen.

Digitale Angebote müssen für alle funktionieren und verständlich sein – auch für Menschen mit Beeinträchtigungen, für Ältere oder für Eltern, die nicht zu Öffnungszeiten ins Amt können. Darum setzen wir auf Barrierefreiheit, ergänzend leichte Sprache und nutzerfreundliche digitale Prozesse. Digitalisierung ist für uns alle am besten, wenn sie niemanden ausschließt und wenn sie das Leben einfach einfacher macht.

Kreistag live: Transparenz, die man sehen kann

Öffentliche Sitzungen müssen auch praktisch öffentlich sein – nicht nur für die wenigen, die an einem Sitzungstag unter der Woche Zeit haben, nach Dietzenbach zu fahren und stundenlang im Saal zu sitzen. Darum fordern wir als FDP seit Jahren: mindestens die Sitzungen des Kreistags müssen per Livestream übertragen und anschließend „on demand“ abrufbar sein – barrierearm, einfach, jederzeit. Das ist kein Luxus, sondern demokratische Pflicht. Im Kreistag werden Entscheidungen über Schulen, Kreisstraßen, ÖPNV, Jugendhilfe und Finanzen getroffen. Wer politische Verantwortung übernimmt, muss öffentliche Debatten aushalten – und Bürgerinnen und Bürger müssen sie verfolgen können, trotz Arbeit, Familie, Schichtdienst oder Einschränkungen. Ein offizieller Stream stärkt außerdem Vertrauen, weil er Kontext liefert: Man kann jederzeit nachsehen, was wirklich gesagt und beschlossen wurde. Wir wollen eine rechtssichere, klare Umsetzung: feste Kamerawinkel, eindeutige Regeln, deutliche Hinweise, Übertragung nur der öffentlichen Teile und ein offizielles Archiv der kompletten Sitzungen. Und ja: Eine einmalige Anschubfinanzierung ist gemessen an der Bedeutung der Entscheidungen eine kleine Investition – aber ein großer Schritt zu mehr Bürgernähe.

5. Migration, Einwanderung und Integration

Wir stehen für eine offene Gesellschaft, in der jeder Mensch als Individuum zählt – nicht Herkunft oder Pass. Wer vor Krieg, Terror oder politischer Verfolgung flieht, soll bei uns Schutz finden. Aber genauso klar ist: Asyl ist Schutz auf Zeit – und kein Einfallstor für irreguläre Migration. Humanität und Ordnung gehören zusammen: Wer Schutz braucht, soll ihn bekommen. Wer kein Bleiberecht hat, muss unser Land unverzüglich wieder verlassen. Integration gelingt für alle Beteiligten am besten, wenn die Regeln ganz klar sind – und wenn Chancen und Verantwortung zusammengehören.

5.1 Integration, die funktioniert: Einstieg in Arbeit – Sprache lernen, ankommen, integrieren

Integration gelingt am schnellsten im Alltag – und der wichtigste Alltag ist Arbeit. Wer arbeitet, kommt leichter in Kontakt, lernt Abläufe und Regeln kennen – und verbessert ganz nebenbei die deutsche Sprache und verschafft sich wirtschaftliche Unabhängigkeit. Genau deshalb wollen wir im Kreis Offenbach Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG konsequent schaffen und nutzen: als unkomplizierten Einstieg in Beschäftigung, Struktur und gesellschaftliche Teilhabe. Für die FDP ist genau das ein gelebtes Fordern und Fördern – fair und nachvollziehbar. Der Kreis schafft oder organisiert sinnvolle, gemeinnützige Einsatzmöglichkeiten und sorgt dafür, dass die Organisation funktioniert. Im Gegenzug erwarten wir, dass Menschen, die arbeiten können, solche Angebote auch annehmen. Das ist respektvoll gegenüber denen, die hier Schutz suchen, und ebenso fair gegenüber denen, die diese Leistungen finanzieren. Hilfe darf nicht in Passivität führen – sie soll aktivieren und Perspektiven eröffnen. Unser Ziel ist klar: mehr Sprache durch Arbeit, mehr Integration durch Mitwirkung – praktisch, rechtssicher und so organisiert, dass es im Alltag wirklich funktioniert.

5.2 Bezahlkarte: klare Regeln, faire Hilfe – Ordnung schaffen, Akzeptanz und Integration stärken

Wir wollen, dass der Kreis Offenbach die Bezahlkarte für Geflüchtete endlich schnell und flächendeckend einführt. Nicht als große Schlagzeile, sondern als das, was sie im Kern ist: gute, moderne Verwaltung. Leistungen sollen zuverlässig ankommen – aber so, dass sie nachvollziehbar, rechtssicher und praktikabel ausgezahlt werden. Das entlastet die Behörden, schafft klare Abläufe und reduziert Streit, weil Regeln transparent sind. Der Hintergrund ist einfach: Der Staat hilft – und das ist richtig. Aber diese Hilfe muss so organisiert sein, dass sie im Alltag hier vor Ort wirkt und nicht durch Bargeldströme oder Fehlanreize missverstanden wird. Die Bezahlkarte steht damit für einen liberalen Grundsatz: Unterstützung ja – aber mit klarer Ordnung und Verantwortung. Wer Schutz bekommt, soll sich auf das Wesentliche konzentrieren können: ankommen, Sprache lernen, Perspektive aufbauen. Ein System, das klar und fair ist, hilft dabei mehr als ein System, das ständig neue Schlupflöcher produziert. Genauso klar ist für uns: Eine Bezahlkarte bringt nur etwas, wenn man sie nicht gleich wieder politisch-ideologisch aushebelt. Darum lehnen wir mit aller Deutlichkeit jede organisierte Umgehung ab – etwa durch Guthaben- und Tauschmodelle, die Bargeldersatz schaffen und die Idee der Bezahlkarte ins Gegenteil verkehren. Wer Umgehungsstrukturen aufbaut, sabotiert nicht „die Politik“, sondern die Akzeptanz von Hilfe und am Ende den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das ist

unverantwortlich. Unser Anspruch ist deshalb: ein funktionierendes System statt Dauer-Debatten. Der Kreis soll die Bezahlkarte nicht politisch zerreden, sondern umsetzen – pragmatisch, zügig, mit klaren Standards und ohne Hintertüren. So wird Unterstützung verlässlich, Verwaltung effizienter und Integration konsequent mit Regeln verbunden.

5.3 Integration - gemeinsame Aufgabe mit klaren Erwartungen

Integration gelingt nur, wenn beide Seiten mitmachen. Der Kreis muss Strukturen anbieten – aber Zugewanderte müssen sie aktiv nutzen. Für uns als Freie Demokraten gilt: Chancen ja – aber auch klare Verantwortung. Die wichtigste Grundlage ist die deutsche Sprache. Der Kreis soll so früh wie möglich Sprachkurse ermöglichen – und wir erwarten, dass diese Angebote auch verbindlich angenommen werden. Gleiches gilt für Integrationskurse: Wer hier leben will, muss unsere Regeln und Werte kennen und akzeptieren – vom Grundgesetz über Gleichberechtigung bis zur Rechtsstaatlichkeit. Das ist nicht verhandelbar. Genauso zentral ist Arbeit. Wer eine realistische Bleibeperspektive hat, soll möglichst früh legal arbeiten dürfen – denn Arbeit ist der schnellste Weg in Selbstständigkeit, Kontakte und Teilhabe. Gleichzeitig muss klar sein: Wer arbeiten kann, soll es auch tun und zum eigenen Lebensunterhalt beitragen. Hier sehen wir auch die Pro Arbeit im Kreis in der Verantwortung: mit professioneller, transparenter Vermittlung in Ausbildung und Arbeit und mit passender Unterstützung, wo sie nötig ist. Dazu gehört auch Hilfe bei praktischen Schritten wie der Suche nach Wohnraum und beim Zugang zu Angeboten. Für Kinder und Jugendliche gilt: Kita und Schule sind der Schlüssel zur Integration – je früher, desto besser. Familienberatungsstellen sollen Zugewanderte gezielt unterstützen, damit Integration im Alltag gelingt – schnell, verbindlich und ohne Dauer-Abhängigkeit vom Staat.

6. Sozialpolitik - Gemeinsam für die Menschen vor Ort

Für uns heißt Sozialpolitik vor Ort: so viel Freiheit wie möglich, so viel Hilfe wie nötig. Jeder Mensch soll sein Leben selbst bestimmen können – ohne Bevormundung und ohne unnötige Hürden. Gleichzeitig gilt: Wer Unterstützung braucht, darf nicht allein gelassen werden. Hilfe muss schnell, respektvoll und treffsicher sein – passend zur Situation des Einzelnen, nicht nach Schablonen. Wir setzen auf Angebote, die stärken, wieder Selbstständigkeit ermöglichen und die Würde jedes Menschen achten. Der Sozialstaat ist eine große Errungenschaft. Damit er auch morgen trägt, braucht er aus liberaler Sicht zwei Dinge: verlässliche Hilfe für Menschen in Not – und das klare Prinzip „Fördern und Fordern“. Wer Unterstützung bekommt, soll sie als Chance nutzen und nach Kräften mitwirken, wieder auf eigenen Beinen zu stehen.

6.1 Vorsorge statt Fürsorge

Wir wollen Probleme gar nicht erst groß werden lassen. Darum setzen wir auf frühe Beratung, Prävention und schnelle Hilfe, bevor aus kleinen Krisen echte Notfälle werden. Das ist menschlicher – und am Ende auch günstiger als spätere Reparatur. Konkret stärken wir Angebote, die im Alltag wirklich helfen: Familien- und Erziehungsberatung, Schuldnerberatung sowie Sucht- und Gewaltprävention.

Die Mittel sollen dorthin gehen, wo der Bedarf ist – orientiert an den konkreten Sozialstrukturen und

Bedarfen vor Ort.

Wichtig ist uns außerdem Schulsozialarbeit als festen Bestandteil des Schulalltages – gut vernetzt mit der Jugendhilfe und fair mitfinanziert durch das Land. Wir setzen auf starke Nachbarschaften und tragfähige Netzwerke: Familien- und Gemeindezentren, Selbsthilfegruppen und Nachbarschaftshilfe sollen leichter möglich sein. Und wir wollen neue Wohnformen im Alter fördern, etwa Mehrgenerationenwohnen, damit Selbstständigkeit länger gelingt und Einsamkeit weniger Raum bekommt. Beim Schutz vor häuslicher Gewalt gilt Null Toleranz: Hilfsangebote müssen verlässlich bleiben und gezielt ergänzt werden – inklusive der ernsthaften Prüfung eines weiteren Frauenhaus-Standorts im Kreis Offenbach. Begegnungsorte für Kultur, Bildung und Gemeinschaft sind dabei kein Luxus, sondern stärken Zusammenhalt und helfen, dass Menschen wieder mehr füreinander da sind.

6.2 Arbeit als Grundlage für das eigenverantwortliche Leben

Unser Ziel ist, dass Menschen möglichst schnell wieder ein selbstbestimmtes Leben führen können. Der wichtigste Schlüssel dafür ist Arbeit – nicht als Druckmittel, sondern als Chance auf eigene Entscheidungen, eigene Sicherheit und echte Teilhabe. Darum kommt der Arbeitsvermittlung im Kreis eine zentrale Rolle zu – insbesondere über die Pro Arbeit. Sie muss professionell, bürgernah und transparent arbeiten: mit klaren Abläufen, verständlicher Kommunikation und Angeboten, die wirklich zu den Menschen passen. Wir wollen außerdem eine konsequente Erfolgs- und Maßnahmenkontrolle. Es muss offen nachvollziehbar sein, was Programme kosten, wie oft sie tatsächlich in Beschäftigung führen und welche Unterstützung sich bewährt. Was wirkt, wird gestärkt. Was nicht wirkt, wird beendet oder unverzüglich verbessert. So sorgen wir dafür, dass Hilfe nicht im System stecken bleibt, sondern Menschen wirklich in Arbeit und Eigenständigkeit bringt.

7. Gesundheit - gut erreichbar, vernetzt, modern

Für uns steht im Mittelpunkt, was für die Menschen im Alltag zählt: eine verlässliche Gesundheitsversorgung im ganzen Kreis – nah, erreichbar und gut abgestimmt. Dazu gehören eine flächendeckende Haus- und Facharztversorgung sowie kurze Wege zu Beratung und Behandlung. Damit Versorgungslücken früh erkannt und gemeinsam gelöst werden, wollen wir auf Kreisebene ein ständiges Gesprächs- und Koordinierungsforum mit Kommunen, Ärzteschaft und weiteren Partnern. Im Rettungsdienst setzen wir auf das, was sich bewährt hat: Die Zusammenarbeit des Eigenbetriebs Rettungsdienst (ERD) mit freien Trägern wie DRK und Johannitern soll fortgeführt werden. Das von uns auf den Weg gebrachte, erfolgreiche, Voraushelfersystem soll fortgeführt und weiter ausgebaut werden.

Wettbewerb und Kooperation können beim Rettungsdienst Qualität sichern – entscheidend ist, dass Hilfe schnell kommt und professionell funktioniert. Ein echtes Plus für die Qualität vor Ort ist die Rettungsdienstschule des ERD als zentrale Aus- und Fortbildungsstätte: modern aufgestellt, staatlich anerkannt und mit breitem Ausbildungsspektrum – sie stärkt Fachkräfte, Nachwuchs und auch das Ehrenamt im Katastrophenschutz. Außerdem muss der Öffentliche Gesundheitsdienst leistungsfähig

sein – mit ausreichend Personal, moderner IT und klaren Abläufen. Das ist eine Aufgabe, bei der Kreise und Kommunen nicht allein gelassen werden dürfen: Das Land muss dauerhaft mitfinanzieren, damit Gesundheitsschutz und Prävention zuverlässig funktionieren. Große Chancen sehen wir in E-Health: Online-Sprechstunden, digitale Prozesse und Telemedizin können Versorgung verbessern – gerade, wenn Termine knapp sind oder Wege weit. Wir unterstützen den konsequenten Ausbau der Telemedizin auch im Rettungswagen, damit Notfallsanitäterinnen und -sanitäter bei Bedarf per Live-Zuschaltung ärztlich unterstützt werden und schneller die richtige Entscheidung treffen können. Unser Maßstab ist liberal-pragmatisch: moderne Medizin unkompliziert möglich machen – ohne unnötige Hürden.

8. Ehrenamt - Rückgrat unserer Gemeinschaft

Ehrenamt und Eigeninitiative halten unsere Städte und Gemeinden zusammen. Wer sich engagiert – im Verein, in der Kultur, im Sport oder in sozialen Projekten – sorgt für Begegnung, Zusammenhalt und eine lebendige Heimat. Gerade für Neubürgerinnen und Neubürger sind Vereine oft der schnellste Weg, anzukommen und Kontakte zu knüpfen. Die FDP setzt auf Freiräume statt Gängelung: Kultur und Vereinsleben sollen sich entfalten können – mit einfachen Regeln, verlässlichen Ansprechpartnern und möglichst wenig Bürokratie. Auch die vielen Selbstständigen im Kulturbereich gehören dazu: Sie prägen das kulturelle Leben vor Ort und verdienen faire Rahmenbedingungen.

Trotz knapper Kassen gilt für uns: An der Vereinsförderung festhalten, weil sie direkt bei den Menschen ankommt und viel ehrenamtliche Arbeit überhaupt erst möglich macht. Die Sportförderung ist hierbei nicht nur mit Blick auf die Gemeinschaft im Verein, sondern speziell auch für die Gesundheitsvorsorge von großer Bedeutung. Außerdem wollen wir Räume für kulturelle Begegnung schaffen und erhalten – Orte, an denen man sich trifft, lernt, diskutiert und gemeinsam etwas auf die Beine stellt. Und wer im Katastrophenschutz hilft, verdient echten Rückhalt. Für ehrenamtlich Tätige außerhalb der Feuerwehr – etwa in Hilfsorganisationen – wollen wir das Helferrecht anpassen: vergleichbare Regeln wie bei Feuerwehr und THW, zum Beispiel beim Kündigungsschutz und bei der Absicherung längerer Einsätze.

Denn Engagement darf nicht zum persönlichen Risiko werden.

9. Umwelt- und Klimaschutz: Vernunft statt Symbolpolitik

Der Kreis Offenbach ist dicht besiedelt – umso wichtiger sind Naturflächen, Frischluftschneisen, saubere Gewässer und Orte zur Naherholung. Für die FDP sind Wohlstand und aktiver Umweltschutz kein Widerspruch: Beides gelingt, wenn wir Flächen klug nutzen, Natur erhalten und Maßnahmen wirksam und bezahlbar umsetzen. „Klimaschutz“ ist dabei kein Freifahrtschein für beliebige Ausgaben – wir wollen Lösungen, die messbar helfen, statt teurer Symbolprojekte. Ein zentraler Baustein ist die Landschaftspflege. Der Landschaftspflegeverband ist im Kreis inzwischen gegründet. Jetzt kommt es darauf an, dass er liefert. Wir erwarten ein konsequentes Monitoring und eine regelmäßige, transparente Berichtspflicht: Der Verband darf kein bürokratischer Papiertiger werden. Entscheidend

ist die Kooperation mit der heimischen Landwirtschaft. Wir wollen Landwirte im Ballungsraum erhalten und unterstützen – und die Bürokratie bei Pflege- und Ausgleichsmaßnahmen so gering wie möglich halten. Damit Ausgleichsmaßnahmen sinnvoll dort stattfinden, wo gebaut wird, setzen wir uns für produktionsintegrierte Kompensation (PIK) ein: Ausgleich auf bewirtschafteten Flächen, mit fairer Vergütung für Landwirte, wenn sie naturnäher wirtschaften. Das verbindet Naturschutz mit Praxis – ohne zusätzliche Flächen künstlich „stillzulegen“. Unsere Bäche und Flüsse sind wertvolle Naturräume. Wo es möglich ist, wollen wir Renaturierungen fortsetzen und Gewässer wieder mehr Raum geben – das stärkt die Natur und hilft zugleich beim kommunalen Hochwasserschutz. Dazu gehören auch regelmäßige Bachschauen und die Unterstützung der Fischwanderung im Main. Wir stehen außerdem für einen Biotopverbund, der Grünzüge, Brachen sowie Natur- und Landschaftsschutzgebiete besser vernetzt, damit Arten wandern und sich ausbreiten können. Das kann – freiwillig – auch Gewerbeflächen einschließen, wenn Betriebe mitmachen. Ergänzend wollen wir Wildäcker/Blühflächen dort fördern, wo sie ökologische Wirkung entfalten. Damit Maßnahmen gezielt wirken, brauchen wir aktuelle Grundlagen: Wir wollen die Biotopkartierung erneuern und Flächen erfassen, die sich für ökologische Aufwertungen eignen (z. B. Blühflächen, Streuobst, vernässte Bereiche). Streuobstwiesen sind ein Schatz der Kulturlandschaft – darum braucht es eine Bestandsaufnahme und Pflegeimpulse, bevor sie verloren gehen. Auch Imkerei und eine bienenfreundliche Bewirtschaftung öffentlicher Grünflächen unterstützen wir. Unsere Wälder stehen durch Sturm und Trockenheit unter Druck. Wir setzen vor allem auf natürliche Erneuerung und eine Entwicklung hin zu stabilen, klimaresilienten Mischbeständen – fachlich fundiert und ohne Aktionismus. Kurz: Wir machen Umwelt- und Klimaschutz pragmatisch, rational, wirksam und finanzierbar – damit Natur erhalten bleibt und der Kreis Offenbach lebenswert bleibt.

Technologieoffenheit: Klimaschutz mit Wirkung statt Symbolpolitik

Unser liberaler Anspruch ist klar: Wir begegnen dem Klimawandel mit Innovation, Technologieoffenheit und messbaren Ergebnissen – auch auf kommunaler Ebene. Symbolpolitik wie ausgerufenen „Klimanotstände“ lösen kein Problem. Wir setzen stattdessen auf lokal passende Klimaoffensiven, die konkrete Maßnahmen bündeln, umsetzen – und deren Wirkung sowie Kosten transparent machen. Dazu gehört eine moderne Energiepolitik: Mit Smart-City-Technologien können Kommunen effizienter werden – und zugleich grüner. Intelligente Netze (Smart Grids) können helfen, Erzeugung und Verbrauch besser auszubalancieren und Versorgungssicherheit zu stärken. Ein naheliegender Hebel ist Photovoltaik: Sie ist konkurrenzfähig und kann – gerade mit kleinen Speicherlösungen – den Anteil fossiler Energie im Alltag deutlich senken. Ebenso wichtig ist Energieeffizienz, weil sie oft die schnellste und günstigste Klimaschutzmaßnahme ist: Wir wollen in kreiseigenen Gebäuden laufend Einsparpotenziale heben – etwa durch moderne Heiztechnik, bessere Fenster, sinnvolle Dämmung, effiziente Beleuchtung und den Austausch alter Geräte. Das verbessert die Klimabilanz und rechnet sich häufig auch finanziell. Beim Ausbau erneuerbarer Energien gilt für uns: Vernunft vor Vorgabe. Im dicht besiedelten Kreis Offenbach lehnen wir Windenergieanlagen ab, weil sie vor Ort unverhältnismäßige Belastungen erzeugen und wirtschaftlich wenig Sinn ergeben. Erneuerbare Energie soll dort entstehen, wo sie ertragreich und akzeptiert ist – nicht dort, wo es nur „auf dem Papier“ gut

aussieht. Auch bei der Mobilität bleiben wir technologieoffen. Bei der Fahrzeugbeschaffung des Kreises sollen Funktionalität und Klimawirkung zusammen gedacht werden: Wo es passt, setzen wir auf batterieelektrische Fahrzeuge und Hybride, aber auch auf alternative Kraftstoffe und Technologien – ausdrücklich inklusive HVO100/e-Fuels (wo verfügbar und sinnvoll) sowie Wasserstoff. Wasserstoff kann gerade für bestimmte Einsatzbereiche eine wichtige Rolle spielen: schnell betankbar, große Reichweiten, gute Perspektiven für schwere Anwendungen. Wir unterstützen deshalb Modellprojekte und wollen gemeinsam mit Kommunen den Aufbau einer Wasserstoff-Tankinfrastruktur voranbringen. Unser Grundsatz bleibt: Nicht die lauteste Maßnahme ist die beste, sondern die wirksamste – mit klarem Kosten-Nutzen-Blick.